

Verlustvortrag benachteiligt Mittelstand

Von Claudia Kade, Berlin

12.02.2009

Union scheitert mit Vorstoß für günstigere Steuerregeln

Die SPD blockiert mittelstandsfreundliche Nachbesserungen am Konjunkturpaket II. Die Finanzexperten der CDU/CSU-Fraktion scheiterten gestern mit ihrer Forderung, die steuerliche Verrechnung von Verlusten in der Wirtschaftskrise wieder allen Unternehmen zu gewähren. Im Rettungsschirm für die Banken wird es Kreditinstituten erlaubt, die Verlustvorträge einer anderen Bank steuerlich zu nutzen. Der CDU-Wirtschaftspolitiker Christian von Stetten warnte, wenn außer den Banken alle anderen Betriebe von der Möglichkeit ausgeschlossen würden, durch Verlustvorträge ihre Steuerlast zu senken, sei angesichts der Konjunkturkrise eine riesige Pleitewelle zu erwarten.

Gerade in Krisenzeiten sind zahlreiche mittelständische Betriebe auf den Einstieg neuer Gesellschafter angewiesen, um eine Pleite abzuwenden. In der Unternehmenssteuerreform 2008 wurde aber festgelegt, dass der Käufer die Verluste des Betriebes aus dem Vorjahr nicht mehr im Folgejahr von der Steuer absetzen kann. Das gilt, wenn er mehr als 50 Prozent der Anteile kauft. Erwirbt er zwischen 25 und 50 Prozent, fallen die Verlustvorträge anteilig weg. Dadurch werden ausgerechnet in der Wirtschaftskrise Investoren abgeschreckt, defizitäre Betriebe zu kaufen. Beim Rettungspaket für die Banken hat die Regierung diese Regelung eigens außer Kraft gesetzt.

Union greift Steinbrück an

„Das ist aberwitzig“, sagte der CDU-Finanzpolitiker Leo Dautzenberg der FTD. Er konnte sich im Bundestags-finanzausschuss aber nicht gegen den Widerstand der SPD und des Finanzministers Peer Steinbrück (SPD) durchsetzen. Das Konjunkturpaket soll am Freitag im Parlament verabschiedet werden.

Der Wirtschaftsexperte Stetten griff Steinbrück an. „Ich habe die Problematik mehrfach angesprochen, scheinbar möchte das Finanzministerium ganz bewusst keine Änderung herbeiführen“, sagte er. „Manche Dinge sind unerträglich und können wohl erst nach der Ablösung von Herrn Steinbrück im Herbst verändert werden.“

Seit einigen Wochen melden sich beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) bereits zahlreiche Firmen und klagen über Schwierigkeiten mit der Steuerregelung. Obwohl der BDI Unterstützung vom CSU-geführten Wirtschaftsministerium bekam, blieb das Finanzministerium bei seiner Linie.